

Pressemitteilung der CSU-Stadtratsfraktion

Bayreuth, den 31.10.2014

Mit ihrem Latein am Ende

CSU: Oberbürgermeisterin soll Geschäftsführung im Wagner-Stiftungsrat zurückgeben

Scharfe Kritik übt die CSU-Fraktion am Unvermögen der Oberbürgermeisterin, im Stiftungsrat der Richard-Wagner-Stiftung endlich eine Einigung hinsichtlich der Betriebs- und Personalkosten des neuen Richard-Wagner-Museums herbeizuführen.

Wie der NK berichtete, ist es noch immer nicht gelungen, die Finanzierung des künftigen Museumsbetriebes auf ein stabiles und dauerhaftes Fundament zu stellen.

Stattdessen preist es die Oberbürgermeisterin schon als Erfolg an, nach mehrstündigen und nahezu ergebnislosen Verhandlungen einen gemeinsamen Fortsetzungstermin gefunden zu haben.

Aufgabe von Oberbürgermeisterin Merk-Erbe als verantwortliche Geschäftsführerin der Richard-Wagner-Stiftung wäre es aber, so Fraktionsvorsitzender Dr. Stefan Specht, dem Stiftungsrat nicht nur einen zustimmungsfähigen Haushalt vorzulegen, sondern eine insgesamt tragfähige Finanzierung für den künftigen Museumsbetrieb auszuhandeln, zwischen den widerstreitenden Interessen zu vermitteln und unterschiedliche Vorstellungen der Gesellschafter zu einem tragbaren Kompromiss zusammenzuführen. Stattdessen verhalte sich die Oberbürgermeisterin passiv, verprelle Beteiligte und Mitgesellschafter mit undiplomatischen und sachfremden Forderungen und erzeuge so eine extrem schwierige Verhandlungsatmosphäre. „Dem Vernehmen nach mag dort kaum mehr jemand mit der Geschäftsführerin Merk-Erbe sprechen. Das ist verhängnisvoll für das Image unserer Stadt bei Bund und Land und katastrophal für eines der wichtigsten Leuchtturmprojekte Bayreuths. Diese destruktive Atmosphäre in den Festspielgremien werden wir vor allem noch beim Thema Festspielhaussanierung zu spüren bekommen, wo ein konstruktives, partnerschaftliches und positives Miteinander aller Gesellschafter unabdingbar für einen nachhaltigen Erfolg ist“, kritisierte Specht, der als ehrenamtlicher Geschäftsführer der Wagner-Stipendienstiftung mit der komplexen Materie im Detail vertraut ist. Wie die quälende Debatte um den Mietvertrag für das Festspielhaus zeige, vermag die Oberbürgermeisterin außerdem nicht, die Interessenkonflikte zu bewältigen, die sich schon aus ihren eigenen, eigentlich konkurrierenden Funktionen als Vertreterin der Richard-Wagner-

Stiftung, der Bayreuther Festspiele GmbH und der Stadt Bayreuth ergeben.

Stattdessen versuche die Oberbürgermeisterin sehr vordergründig und auch ehrenrührig, ihrem Amtsvorgänger über zweieinhalb Jahre nach dessen Ausscheiden aus dem Amt die Schuld für ihre eigene, bedrückende Erfolglosigkeit in die Schuhe zu schieben. Fakt ist, dass die konkreten Zahlen zur Betriebskostenermittlung und für den längst gebilligten Personalplan der Stiftung dem Stiftungsvorstand erstmals bei der Frühjahrssitzung 2012 vorgelegt wurden, also nur wenige Wochen vor dem Ende der Amtszeit Dr. Michael Hohls.

Die Stiftungsgeschäftsführerin Merk-Erbe hätte demnach bis heute mehr als zweieinhalb Jahre Zeit und Gelegenheit gehabt, die Frage der künftigen Betriebskostendeckung für die von allen Mitstiftern für das Museum gewünschte sog. „große Lösung“ und damit zugleich auch die Voraussetzungen für den unmittelbar in ihrer Verantwortung stehenden wirtschaftlichen Fortbestand der Richard-Wagner-Stiftung insgesamt einer sachgerechten Klärung zuzuführen. Nachdem ihr das nach so langer Zeit offenkundig nicht gelungen ist, versuche sie nun, in billiger Art und Weise Verantwortung von sich zu schieben und damit von eigenen Unzulänglichkeiten und Misserfolgen abzulenken. Wenn die Oberbürgermeisterin mit den hohen Anforderungen an die Geschäftsführung der Richard-Wagner-Stiftung überfordert sei, möge sie von dieser Aufgabe zurücktreten und diese von der Stiftung in kompetentere Hände legen lassen; in jedem Falle dulde die anstehende Eröffnung des neuen Richard-Wagner-Museums keinen weiteren Aufschub, so dass im Interesse unserer Stadt endlich und dringend tragfähige und nachhaltige Ergebnisse und Lösungen vorgewiesen werden müssten, so der Fraktionsvorsitzende abschließend.